

Eure Adresse der Person

Major General Kevin Vereen
c/o Wiesbaden CID Office
481st Military Police Detachment (CID)
Unit 24302 Box 18
APO AE 09005
Wiesbaden
GERMANY

Saturday, June 06, 2020

Strafantrag und Antrag auf Strafverfolgung Notice of Default

Hoch geehrter Major General Kevin Vereen,

bitte verzeihen Sie den Brief in deutscher Sprache, aber der Erstellerin dieses Schreibens ist eine absolut korrekte Darstellung des angezeigten Vorgangs wichtig, was ihr bedauerlicherweise nur in ihrer Muttersprache möglich ist.

Vorab sei Ihnen mitgeteilt, dass Ihnen und Ihren Kollegen selbstverständlich der menschliche Respekt und auch die hoheitlichen Befugnisse **über die Personen** im durch das US-Militär besetzten Gebiet zugestanden wird. Die zwischenzeitlich vollumfängliche Missachtung jeglicher Menschlichkeit (das was einen Menschen eigentlich ausmacht) durch die Verwaltung des vom US-Militär besetzten Gebietes (das sich Deutschland nennt und nachfolgend nur noch **Besatzungsgebiet** genannt wird), wird beklagt.

Es geht um die als willkürlich interpretierten Handlungen der Verwaltung des **Besatzungsgebietes** – der sog. Bundesregierung.

Hiermit wird in Ihrem Hause ein Strafantrag und Antrag auf Strafverfolgung wegen Verstoß gegen das Völkerrecht (Verbot von Folter) gegen sämtliche Regierungsmitglieder der Verwaltung des *Besatzungsgebietes* (die sog. Bundesregierung) gestellt. Zusätzlich wird ein Notice of Default gegen die sog. Bundesregierung herausgegeben.

Die Erstellerin dieses Schreibens erlaubt sich festzuhalten, dass der Verdacht von Straftaten völkerrechtlicher Natur mit der Inkaufnahme erheblicher gesundheitlicher Schädigung vorzuliegen scheint und durch Ihre Einrichtung forensisch untersucht werden sollte. In den nachfolgenden Zusammenhängen kann durchaus auch der Begriff „physische und psychische Folter aus (noch nicht bekannten) niederen Beweggründen“ unter der Haftung der lizenzierten Besatzung genutzt werden.

1. Sämtliche Individuen im **Besatzungsgebiet** werden in einer Art Wohnisolationshaft isoliert gegen ihren Willen festgehalten. Es werden exorbitante Geldstrafen verhängt, wenn das gesunde Individuum gegen diese willkürlichen, nicht versicherten Maßnahmen verstößt. Nicht versichert, da seit 1956 (BVG Urteil von 2012) keine Wahl im Besatzungsgebiet rechtsgültig war und somit jegliche Handlungen (auch die mit angeblichem Pandemie-Hintergrund) privat ultra-vires und nicht öffentlich intra-vires waren und sind.
Insbesondere ältere Menschen werden unter Polizeigewalt in Isolationshaft gehalten. Für diese

besonders Schutzbedürftigen aus unserer Mitte gilt hiermit aus sozialen Gründen (guardian) der gleiche Antrag wegen inakzeptablen Isolations-Wohnhaftbedingungen.

2. Folter ist es auch, wenn einem Individuum aus nicht bekannten Gründen der gottgegebene freie Zugang zur Atemluft verwehrt wird und die Gefahr einer CO₂-Vergiftung bei einer länger andauernden Atemmaskennutzung willfährig in Kauf genommen wird (schwere, mindestens grob fahrlässige Körperverletzung wegen Missachtung von existierenden Gutachten). Ungeachtet einer anscheinend bestehenden Fürsorgepflicht für Personen, ist die von Amts wegen angeordnete Maskenpflicht ein Eingriff in die individuelle Freiheit eines jedes Einzelnen. Da die Betroffenen, also auch die Erstellerin dieses Schreibens, weder entmündigt noch minderjährig sind, ist nicht nachvollziehbar, woher die Verwaltung des **Besatzungsgebietes** die Autorisierung „in loco parentis“ nimmt.

Beweis: „Ich bin Zivilist und ich fühle mich gefoltert und ich weiß noch nicht einmal warum und was die sog. Bundesregierung von mir erzwingen will.“

Mit dieser Meldung des Verdachts einer Straftat im völkerrechtlichen Sinne liegt die Haftung für eventuelle physische und psychische Schäden an der Zivilbevölkerung im **Besatzungsgebiet** mit sofortiger Wirkung nicht nur bei der US-Armee, sondern auch in Ihrem Hause, falls Sie erwägen sollten, dieses Schreiben unbeachtet zu lassen. Ihnen und Ihrem Hause sind sicherlich die Begriffe wie unterlassene Hilfeleistung und Strafvereitelung im Amt geläufig.

Selbstverständlich können Sie, nach Herausgabe eines Aktenzeichens, dieses Verfahren ohne weitere Ermittlungen mittels eines schriftlichen Bescheids einstellen. Die Erstellerin dieses Schreibens erlaubt sich an dieser Stelle den Hinweis, dass jegliche Kosten und die einem Individuum eventuell entstandenen physischen und psychischen Schäden evtl. auch vorsorgehalber über die zentrale Steuerbehörde mittels eines GLOBAL-HEALTH-BONDS abgerechnet wird. Denn selbstverständlich soll Ihnen und Ihrem Hause kein Schaden durch Ermittlungskosten entstehen und ein Schaden bzw. ein Konto muss ausgeglichen werden.

Ungeachtet dessen, dass Sie eventuell viele gleichlautende Schreiben erhalten, so drückt dieses Schreiben die Rechtsauffassung und den Glauben an Menschlichkeit des Unterzeichnenden aus. Dies ist kein Akt der Verweigerung gegen eventuell rechtmäßige und vor allen Dingen nachvollziehbare Handlungen einer Verwaltung. Durch dieses Schreiben wird die erhebliche Besorgnis bezüglich der Vorgänge im **Besatzungsgebiet** und daraus eventuell resultierender Haftungsansprüche gegen die verantwortliche Oberverwaltung ausgedrückt.

Bitte lassen Sie der Unterzeichnerin unter der oben genannten Adresse zeitnah eine Eingangsbestätigung zukommen. Bitte behandeln Sie diesen Strafantrag vertraulich, denn die sog. Bundesregierung ist zwischenzeitlich dazu übergegangen, Individuen, die sich nicht „freiwillig“ unterordnen, mittels POLIZEI-Gewalt zur Unterordnung zu zwingen (Beispiel: „Gefährdengesetz“ von Bayern).

Im Falle einer Ermittlung Ihres Hauses im Zusammenhang mit den Folttervorwürfen aus diesem Schreiben gegen die sog. Bundesregierung wird hiermit ein formloser Antrag auf Zeugenschutz beim CID gestellt.

Schon jetzt dankt Ihnen die Unterzeichnerin für Ihre Bemühungen.

Hochachtungsvoll,